

az ONLINE TOP

Libyen: Holländische Geheimmission ist in Libyen gescheitert, drei Soldaten wurden festgenommen.

Sport: Frustrierte Basel-Fans zeigen sich nach der Cup-Niederlage in Biel als schlechte Verlierer.

People: Die drei It-Girls Kim Kardashian, Mila Kunis und Katie Perry verraten ihr Gewicht.

Blaulicht: Der seit Mittwoch im Baselbiet vermisste 18-Jährige hat zwei Nächte im Wald überlebt.

Aargau: Die Polizei fahndet mit der Veröffentlichung von Bildern nach den Brutalo-Schlägern von Baden.

Bern: Immer häufiger kommt es zu Unfällen mit Wildtieren. Am häufigsten sind Rehe betroffen.

Solothurn: In den letzten sieben Wochen sind fast 73 000 Franken Spenden für die St.-Ursen-Kathedrale eingegangen.

VIDEO DES TAGES



Nach dem Pokal-Aus ist bei den Bayern Feuer im Dach. Nicht nur sportlich läuft es derzeit nicht rund, auch zwischenmenschlich liegt im Team des FC Hollywood einiges im Argen.

Presseschau

Die Presse

Rolle der USA Die USA können sich weitere Landkriege und die Überdehnung ihrer militärischen Kapazitäten schlicht nicht mehr leisten. Verteidigungsminister Robert Gates hat das geradezu demütig zur Kenntnis genommen.

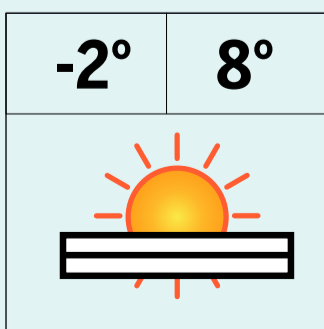
Neue Zürcher Zeitung

Flugverbotszone Libyen Zunächst einmal bedeutet dies einen direkten militärischen Eingriff in die Souveränität eines Landes und kommt in diesem Sinne faktisch einer Kriegshandlung gleich. Eine Flugverbotszone allein kann in einer Lage wie in Libyen kein Allheilmittel sein, um einen gewünschten Ausgang des Konfliktes zu erzwingen.

Le Monde

Nordafrika Man hätte sich von ganz Europa gewünscht, dass es sich offen um politische Solidarität bemüht, die der Bedeutung des Ereignisses würdig gewesen wäre. Also warten wir weiter auf ein Zeichen, das die Schicksalsgemeinschaft zwischen Europa und dem so nahen Morgenland bestätigt.

Das Wetter heute



Gaddafis Sorgenkind Luftwaffe

Libyen Mit seiner Air Force kann der angeschlagene Revolutionsführer die Rebellen nicht besiegen

VON MICHAEL WRASE, SALAH (OMAN)

Das angeschlagene libysche Regime setzt seine Luftangriffe auf mutmassliche Rebellenpositionen im Osten und Westen des Landes fort. Zu einer koordinierten Operation von Luft- und Bodentruppen seien die libyschen Streitkräfte aber nicht in der Lage, betonen arabische Militärexperten in Dubai. Gaddafis Luftangriffe hätten bislang keinerlei Wirkung gezeigt, weil Bodentruppen nicht rechtzeitig nachgeführt werden konnten. Die Wege in Libyen seien einfach zu weit und die logistischen Fähigkeiten der Gaddafi-Loyalisten äusserst begrenzt. Zu erfolgreichen Operationen seien die von afrikanischen Söldnern unterstützten Gaddafi-Milizen nur in der Nähe ihrer Stützpunkte in Tripolis und Sirte, der Geburtsstadt des libyschen Revolutionsführers, in der Lage, urteilt der US-Think-Tank Stratfor.

Libyen droht Pattsituation

Über die Kampfkraft der Rebellen sind sich Experten uneins. Die Freischärler der Opposition hätten ebenfalls mit logistischen Problemen zu kämpfen. Die Verteidigung von Brega sei nur gelungen, weil vom befreiten Osten problemlos Nachschub herbeigeführt werden konnte. Den von den Rebellen angekündigten Marsch nach Tripolis hält Shadi Hamid vom Brookings Center im katarischen Doha für «unwahrscheinlich», weil die dafür notwendige «Feuerkraft» nicht ausreiche. In Libyen drohe daher eine Pattsituation, die Gaddafi nutzen könnte, jene Bevölkerungsgruppen und Stämme für sich zu gewinnen, die sich bislang eher neutral verhalten haben.

Arabische Medien berichteten gestern von Versuchen Gaddafis, die Loyalität seiner Bürger mit grösseren Sum-



Zwei libysche Air-Force-Jets und ihre Piloten desertierten nach Malta. KEY

men Bakschisch – Bestechungsgeld – zu kaufen. In der umkämpften Stadt al-Sawija an der tunesischen Grenze sollen Emissäre Gaddafis jeder Familie, die bei den Unruhen ein Familienmitglied verloren haben, 250 000 Dinar (145 000 Euro) angeboten haben. Andere Familien sollten 20 000 Dinar erhalten. Auch den Einwohnern der Stadt Misurata wurden offenbar grössere Geldbeträge angeboten.

Zuvor hatte das Regime jedem Einwohner ein monatliches Bakschisch von 500 Dinar versprochen, welches

von den überforderten Banken noch nicht ausgezahlt werden konnte.

Derartige Bestechungsversuche sind in der arabischen Welt nicht ungewöhnlich. Auch der König von Bahrain hatte vor der Revolte der schiitischen Bevölkerungsmehrheit versucht, sich mit einer Einmalzahlung von 2000 Dollar an jede Familie Sympathien zu erkaufen. Allerdings konnte damit nicht die erwünschte Wirkung erzielt werden. Das Volk fühlte sich von seinem Herrscher brüskiert und verlangt lautstark seinen Sturz.

Auch die meisten Libyer dürften sich von den Bestechungsversuchen nicht beeindruckt lassen. Nach den inzwischen eindeutigen Signalen des Westens sind sie sich im Klaren darüber, dass es wenig Sinn macht, sich auf die Seite eines Verlierers zu schlagen. Auch wenn Gaddafi weiterhin hartnäckig Widerstand leistet, ist seine Zeit abgelaufen. Wann und ob Gaddafis Unterstützer zu dieser Erkenntnis gelangen, bleibt indes abzuwarten. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass auch in der Hauptstadt Tripolis der Druck auf das Regime weiter zunimmt.

Angst vor einem «zweiten Bagdad»

Gaddafis Propagandisten verboten gestern 140 Reportern, ihr Hotel zu verlassen. Sie wollten zum Grünen

Für die meisten Libyer macht es wenig Sinn, sich auf die Seite eines Verlierers zu schlagen.

Platz von Tripolis aufbrechen, um über mögliche Proteste nach den Freitagsgebeten zu berichten. Man müsse der internationalen Presse die Berichterstattung verbieten, um zu verhindern, dass sich Tripolis in ein zweites Bagdad verwandele, begründete ein Regierungssprecher den Hausarrest für die Reporter. Diese hatten von der Regierung ein Visum erhalten, um über die «Normalität» in Tripolis zu berichten.

Dort kam es gestern erneut zu Protesten gegen das Gaddafi-Regime, das – ohne westliche Augenzeugen – mit Tränengas, Gummigeschossen und Schrotgewehren gegen die Demonstranten vorging, die Poster des Revolutionsführers verbrannten.

Gastbeitrag zur Situation der Frauen in Tunesien

Frauenrechte dürfen nicht nur der Imagepflege dienen



VON SAÏDA KELLER-MESSAHLI*

■ WERDEN DIE tunesischen Frauen zu den Gewinnerinnen dieser Revolution zählen, welche sie genauso wie die Männer gewünscht und provoziert haben?

In Tunesien, wo der Islam Staatsreligion ist, ist die juristische Stellung der Frau eine echte Quelle des Stolzes. Man muss tief in den minoritären islamistischen Kreisen suchen, um Kritiker des «Code du statut personnel» zu finden. Dieses Gesetzbuch gab den Frauen bereits im Jahr 1956 das Stimmrecht, schaffte die Polygamie ab, gab ihnen das Recht auf Scheidung und fixierte das legale Heiratsalter für Frauen auf 17, erklärte ihre Zustimmung bei Heirat für zwingend und übergab die Verantwortung für die Kinder im Fall des Todes ihres Vaters der Mutter. Der «Code du statut personnel» war damals eine unerhörte Entwicklung in der islamischen Welt.

Der «Code du statut personnel» war 1956 eine unerhörte Entwicklung in der islamischen Welt.

DER MOMENTANEN

tunesischen Revolution ist es gelungen, die Menschen des Landes zusammenzuführen und zu einen – ohne Choreografen oder Dirigenten. Es herrschte Zusammenhalt und Konsens über Begriffe wie «Freiheit» und «Würde» sowie die Forderung an Ben Ali: «Hau ab!» (frz.: Dégage!) Die Islamisten waren während des Umsturzes unsichtbar, obwohl sie nun versuchen, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Ihr Vertre-

ter, Rached Ghannouchi, ist nun aus seinem Exil in England zurückgekehrt und scheint Kreide gefressen zu haben: Er spricht von Demokratie und Verfassung und vergleicht seine «Ennahdha»-Partei mit der türkischen AKP. Der Vergleich hinkt, denn die türkische Verfassung bietet Garantien, welche die tunesische auf Diktatoren zugeschnittene Verfassung nicht bietet. Die türkische Verfassung ist laizistisch. Um glaubwürdig zu werden, müsste die islamistische Partei «Ennahdha» die Verantwortung für etliche vergangene Verbrechen von Islamisten in Tunesien übernehmen und klar für die Trennung von Politik und Religion einstehen sowie für eine neue Verfassung, welche die Gleichheit von Frau und Mann, insbesondere im Erbrecht, garantiert.

DIE ETABLIERUNG des tunesischen «Code du statut personnel», der als exemplarisch für die islamische und die arabische Welt vorgeführt wird, war also keine barmherzige Geste des damaligen Staatspräsidenten Bourguiba, sondern das Resultat einer tiefen Verankerung im Alltag der modernen tunesischen

Frauen. Doch dieses Statut, eine beachtenswerte Errungenschaft, wurde oft von den Machhabern instrumentalisiert. So wie Bourguiba früher, bediente sich Ben Ali des «Codes» als eines politischen Kommunikationsinstrumentes gegenüber dem Ausland und als Schutzschild gegenüber religiösen Gruppen. So hat die offizielle Geschichtsschreibung des Partei-Staates die Geschichte des Kamp-

fes der Tunesierinnen für ihre Rechte beschlagnahmt.

DIE TUNESISCHEN FRAUEN haben weder auf Bourguiba noch auf Ben Ali gewartet, um die Debatte über die Frauenrechte in der Gesellschaft zu führen. Ab 1924 war die Frauenrechtlerin Habiba Manchari die erste Frau, die das Kopftuch während einer Konferenz in Tunis ablegte, um ein Kopftuchverbot zu verlangen und später, im Jahre 1928, die Abschaffung der Polygamie. Zusammen mit ihr kämpften damals schon – ohne Kopftuch – Frauen namens El Ouer-tani und Ben Othman für die Befreiung der tunesischen Frau. Zwischen 1930 und 1940 entstanden die ersten Frauenorganisationen, wie beispielsweise «L'Union des femmes de Tunisie» oder die «Société des dames musulmanes» im Jahr 1934, mit Hunderten von Anhängerinnen und Vertretungen in vielen Städten. Es fand also lange vor der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1956 eine lebhafte Debatte über Frauenrechte statt.

1956 VERBOT Staatspräsident Bourguiba das Tragen des Kopftuchs in der öffentlichen Verwaltung und in der Öffentlichkeit, 17 Jahre später folgte das Recht auf Abtreibung, die soziale Absicherung der Frau, ihr Recht auf Bildung und ihr Recht, politische Ämter zu bekleiden.

SCHAUEN WIR NUN die Übergangsregierung dieser Tage an: von insgesamt ca. 36 Ministern sind nur 3 Frauen. Viel zu wenig, wenn man weiss,

dass sie die Hälfte der Bevölkerung darstellen. Schlimmer noch: Die 24 Regionen des Landes werden ausschliesslich von neu designierten «Gouverneuren» geführt. In den vielen Distrikten von Polizei und Sicherheit ist ebenfalls keine Frau auszumachen!

OBWOHL die Frauen von Beginn weg massgebend an dieser Revolution beteiligt waren in Sidi Bouzid,

wo der Aufstand seinen Anfang nahm, sendeten die Fernsehstationen fast ausschliesslich Bilder von Männern. Frauen, die an Demonstrationen teilnahmen,

klagen, die Fernhebilder würden bewusst Frauen ausschliessen, denn in den Köpfen der Medienmacher seien Revolutionen reine Männersache!

ZWAR SIND DIE FRAUENRECHTE – wenn auch nicht vollständig – gesetzlich verankert, doch in den Köpfen vieler Männer und Frauen sind sie noch nicht zur Selbstverständlichkeit geworden. Deshalb ist zu hoffen, dass im jetzigen Klima des politischen Neubeginns besonders auf die Trennung von Staat und Religion geachtet wird – gerade um die Frauenrechte nicht religiös zu pervertieren – und auf eine neue Verfassung, die die Rechtsgleichheit von Frau und Mann garantiert. Werden diese zwei Bedingungen erfüllt, werden auch die Frauen Tunesiens die Früchte ihrer Revolution ernten können.

* Saïda Keller-Messahli, in Tunesien geboren, ist Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam.